

Die neue Leiharbeit

Die Politik bekämpft Lohndumping mit neuen Gesetzen. Doch viele Unternehmen drücken die Löhne jetzt mithilfe von Werkverträgen. Die Opposition ist alarmiert.

Eigentlich dürfte es Billiglöhner wie Maik Felder (Name geändert) im Einzelhandel nicht mehr geben. Der Familienvater aus Berlin räumt bei Rossmann die Regale ein, frühmorgens von 5.30 Uhr bis 9 Uhr. Für körperliche Arbeiten wie diese sieht der Tarifvertrag der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di im Berliner Einzelhandel einen Stundenlohn von mindestens 9,52 Euro vor. Und selbst wenn Felder Leiharbeiter wäre, bekäme er neuerdings immerhin den Mindestlohn für Zeitarbeit, der im Osten bei 6,89 Euro die Stunde liegt. Doch Felder bekommt für seine Arbeit nur sechs Euro in der Stunde. Ein Unterschied, der Geringverdienern wie ihm am Monatsende weh tut. Sein Arbeitgeber ist nicht Rossmann selbst, sondern ein Subunternehmen namens ISS Instore Solution Services.

Das ist der Trick: Immer mehr Unternehmen übertragen zentrale Aufgaben an Subunternehmen. Diese Subunternehmen werden pro sogenanntem Werk bezahlt, beispielsweise für jede Palette an Waren, die Mitarbeiter in die Regale räumen. Über einen eigenen Arbeitgeberverband, dem Verband Instore und Logistik Services (ILS), haben vierzehn große Subunternehmen mit insgesamt 50.000 Beschäftigten einen Tarifvertrag geschlossen, der für Regaleinräumer wie Felder Niedriglöhne von 6 Euro die Stunde im Osten und 6,50 Euro im Westen vorsieht. Beide Tarife liegen deutlich unter dem Mindestlohn für Zeitarbeit (6,89 Euro im Osten, 7,79 Euro im Westen). Rossmann bestätigt, dass die Regaleinräumer der ISS inzwischen in jeder zweiten Filiale eingesetzt werden, das sind 800 Märkte.

Auf Anfrage von ZEIT ONLINE betont ISS, die Zufriedenheit der Mitarbeiter sei dem Unternehmen besonders wichtig, man habe die Sozialstandards durch den TÜV Rheinland überprüfen lassen. Warum der Dienstleister Beschäftigten wie Felder Niedriglöhne zahlt, sagte das Unternehmen nicht.

Methode Werkvertrag

Rund anderthalb Jahre nachdem durch den Schlecker-Skandal Lohndumping-Methoden in der Leiharbeit bekannt geworden waren, geht die Lohndrückerei im Einzelhandel also weiter – nur mit einem neuen Etikett. Wie viele Beschäftigte bundesweit von den Dumpingmethoden betroffen sind, lässt sich nicht genau sagen. Werkverträge sind nicht meldepflichtig. Allein im Handel geht die Zahl in die Hunderttausenden, schätzen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter übereinstimmend.

Rossmann ist nicht das einzige Unternehmen, das die Methode Werkvertrag anwendet. Auch die Einzelhandelskonzerne Rewe und Real setzen auf die Niedriglöhner, berichtet der Stern in seiner aktuellen Ausgabe. Recherchen des Westdeutschen Rundfunks belegen, wie das Möbelunternehmen Ikea Lagerarbeiter aus Osteuropa mithilfe von Werkverträgen beschäftigt. Auch in der Industrie schließen Unternehmen in großem Umfang Werkverträge. Laut einer Umfrage der IG Metall unter knapp 5.000 Betrieben, werden Werkverträge in über einem Drittel der Unternehmen eingesetzt. Dabei lasse sich zunehmend Lohndumping beobachten, kritisiert Holger Timmer, Vorstand der IG Metall. "Die Sauerei hat System. Der Gesetzgeber hat die Auslagerung über Werkverträge nicht genügend geregelt, genau diese Grauzonen nutzen die Unternehmen jetzt aus", sagt Timmer.

Die Rahmenbedingungen in Deutschland begünstigen das Lohndumping durch Werkverträge. Das zeigt eine Expertise, die der Arbeitsrechtsexperte Wolfgang Däubler im Auftrag der Linkspartei erstellt hat. Sie liegt ZEIT ONLINE vor. Demnach gibt es für Werkvertragler kein Arbeitnehmerüberlassungsgesetz und kein Equal-Pay-Prinzip, das gleichen Lohn für gleiche Arbeit vorschreibt, solange ein Tarifvertrag nicht davon abweicht. Anders als beim Thema Leiharbeit hielten sich die Gewerkschaften bisher zurück, sagt Däubler. Die Betriebsräte wiederum, die mittlerweile beim Einsatz von Leiharbeitern oft Gehör fänden, hätten keinen

Einfluss, wenn es um die Beschäftigung der Werkvertrager ginge. "Es verwundert nicht, dass Unternehmen Leiharbeit durch günstigere und weniger riskante Werkverträge ersetzen", bilanziert der Professor der Universität Bremen.

Verdeckte Leiharbeit

Das Lohndumping durch Werkverträge sei nicht nur moralisch abzulehnen, in der Praxis werde die Methode teilweise auch illegal angewandt, sagt Rainer Kuschewski vom ver.di-Bundesfachbereich Handel. Denn die Unternehmen bewegten sich juristisch auf einem schmalen Grad, wie am Beispiel der Regaleinräumer im Einzelhandel deutlich werde. "Entscheidend ist, wer den Verräumern die Arbeitsanweisungen gibt", sagt Kuschewski. Wenn weiterhin das Supermarktpersonal die Arbeit koordiniere und kontrolliere, liege in Wirklichkeit Leiharbeit vor. "Das ist verdeckte Leiharbeit, die Werkvertrager müssen in diesem Fall zumindest den Mindestlohn für Leiharbeiter verdienen", sagt Kuschewski.

Forderung nach Mindesthonorar

Um die verdeckte Leiharbeit bekämpfen zu können, fordert Beate Müller-Gemmeke, Sprecherin für Arbeitnehmerrechte der Grünen-Bundestagsfraktion, die Umkehr der Beweislast. Derzeit dürfen die zuständigen Fahnder der Finanzkontrolle Schwarzarbeit vom Zoll zwar kontrollierten, ob Schein-Werkverträge vorliegen – allerdings nur bei konkreten Anhaltspunkten. Es liegt also an den Beschäftigten selbst, vor Gericht zu klagen oder den Behörden einen Tipp zu geben. "Künftig sollte der Arbeitgeber vor Gericht nachweisen müssen, dass ein Werkvertrag und keine Leiharbeit vorliegt", sagt Müller-Gemmeke. Ihrer Meinung nach sollte das Augenmerk der Finanzkontrolle Schwarzarbeit auf den Werkverträgen liegen, auch wenn hierfür mehr Personal nötig wäre.

Anette Kramme, Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion für Arbeit und Soziales, sieht das ähnlich. Dass die Löhne für Regaleinräumer unter dem Mindestlohn für Leiharbeit liegen, bezeichnet sie als skandalös. "Das zeigt, wie weit weg wir von einem fairen Miteinander zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind", sagt Kramme ZEIT ONLINE. Um Lohndumping künftig zu verhindern, setzt sich die SPD-Fraktion für ein Mindesthonorar ein, das jeder Selbstständige erhalten soll. Zudem wollen die Sozialdemokraten die Rechte der Betriebsräte stärken und neue Regeln zur Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit einführen.

Equal Pay für alle

Die Linkspartei hatte im November 2010 in einem Gesetzesentwurf einen Auslagerungsparagrafen vorgeschlagen. Demnach sollten alle Beschäftigten von Drittunternehmen die gleichen Löhne erhalten wie die Festangestellten. Derzeit arbeitet die Partei an einem Antrag, mit dem das Lohndumping durch Werkverträge reguliert werden soll. "Wenn Tätigkeiten auf Dauer zu niedrigeren Konditionen per Werkvertrag ausgelagert werden, muss künftig Equal Pay gelten. Gelegentliche Werkverträge an Handwerker, etwa um die Fenster zu reparieren, sind hiervon nicht berührt", sagt Jutta Krellmann, Sprecherin für Arbeit und Mitbestimmung der Linkspartei.

Die Bundesregierung sieht angesichts der Vorschläge und Forderungen aber "keinen Handlungsbedarf". Die Gestaltung der Arbeitsbedingungen liege in der Verantwortung des Arbeitgebers, heißt es aus dem Bundesarbeitsministerium. Unternehmen müssen nicht einmal melden, ob und wie sie Beschäftigte von Subunternehmen einsetzen. Das sei auch nicht nötig, erklärte das Arbeitsministerium Ende Juli auf eine Anfrage der Linkspartei, denn: "Hinweise oder Informationen über eine weit verbreitete, systematisierte missbräuchliche Nutzung von Werkverträgen zur Umgehung von tariflichen oder arbeitsrechtlichen Standards liegen nicht vor", heißt es in der Antwort.

Dass das Ministerium von der Praxis der Werkverträge nichts weiß, verwundert, denn bereits im März hat der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) die Arbeits- und Sozialpolitiker vor den Dumpingmethoden gewarnt. In den Beratungen zum Arbeitnehmerüberlassungsgesetz kritisierte der DGB, die klassischen Merkmale der Werkvertragsarbeit seien in der Praxis oft nicht erfüllt, die Subunternehmen seien nicht

tarifgebunden und zahlten oft Niedriglöhne. Bislang sind Warnungen wie diese von der Bundesregierung ungehört geblieben. Und so räumen weiterhin Zigtausende Menschen in Deutschland Ladenregale zu Dumpinglöhnen ein.